

Zehn Begriffe, die Ihnen im Kommunalrecht helfen

Bonuskapitel

Zehn Begriffe, die Sie im Kommunalrecht unbedingt kennen müssen

Wenn Sie im Kommunalrecht nur zehn Begriffe wirklich sicher beherrschen, können Sie bereits einen großen Teil typischer Fälle sauber lösen. Die folgenden Begriffe bilden das »Werkzeugset« des kommunalrechtlichen Denkens. Taucht einer davon in der Klausur auf, sollte bei Ihnen innerlich sofort ein kleines Lämpchen angehen.

Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung ist das Grundprinzip des Kommunalrechts. Sie bedeutet, dass Gemeinden die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich regeln dürfen. Diese Freiheit besteht allerdings nur im Rahmen der Gesetze. Im Hintergrund jeder Prüfung steht daher immer die Leitfrage: Fällt die Maßnahme noch unter die kommunale Selbstverwaltung?

Zuständigkeit

Geht es um die Zuständigkeit, sind zwei Ebenen zu betrachten. Zunächst ist die Frage zu beantworten, ob die Kommune für die Aufgabe zuständig ist. Das nennt man *Verbandszuständigkeit* (oder *Verbandskompetenz*). Zuständigkeit bezeichnet dann weiter die Frage, welches kommunale Organ eine Entscheidung treffen darf (*Organzuständigkeit* beziehungsweise *Organkompetenz*). In Betracht kommen vor allem Vertretung und Hauptverwaltungsbeamter. In Klausuren liegt der Fehler häufig nicht im materiellen Recht, sondern in der falschen Organzuständigkeit. Die ersten Prüfungsschritte in der Klausur lauten deshalb: Ist die Kommune zuständig und welches Organ innerhalb der Kommune ist zuständig?

Geschäft der laufenden Verwaltung

Ein *Geschäft der laufenden Verwaltung* ist eine Routineentscheidung ohne grundsätzliche Bedeutung und ohne erhebliches wirtschaftliches Gewicht. Solche Geschäfte erledigt regelmäßig der Bürgermeister. Sobald eine Angelegenheit politisch bedeutsam oder finanziell erheblich wird, gehört sie nicht mehr zur laufenden Verwaltung und damit in die Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters, sondern in die Vertretung.

Dringliche Angelegenheit

Eine *dringliche Angelegenheit* liegt vor, wenn eine Entscheidung so eilig ist, dass selbst eine kurzfristig einberufene Sitzung der Vertretung zu spät käme. In diesem Ausnahmefall darf der Bürgermeister allein entscheiden. Die dringliche Angelegenheit ist damit eine seltene Durchbrechung der normalen Zuständigkeitsordnung.

Öffentliche Einrichtung

Eine *öffentliche Einrichtung* ist eine Einrichtung der Gemeinde, die durch Widmung der Nutzung durch die Öffentlichkeit geöffnet wird, etwa eine Bibliothek oder ein Schwimmbad. Wer eine öffentliche Einrichtung nutzen darf, richtet sich maßgeblich nach dem Widmungszweck. In Klausuren geht es hier häufig um Zugangsansprüche und Gleichbehandlung.

Satzung

Eine *Satzung* ist eine von der Gemeinde erlassene Rechtsnorm. Mit einer Satzung kann die Kommune verbindliche Regelungen für ihren Aufgabenbereich treffen. Damit eine Satzung wirksam ist, braucht es ein korrektes Verfahren: zuständiges Organ, ordnungsgemäßer Beschluss, Ausfertigung und Bekanntmachung.

Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit bedeutet, dass ein Gremium rechtlich wirksam entscheiden kann. Voraussetzung ist insbesondere eine ordnungsgemäße Ladung, die Öffentlichkeit der Sitzung und die Anwesenheit der erforderlichen Zahl von Mitgliedern. Fehlt die Beschlussfähigkeit, ist auch der gefasste Beschluss unwirksam.

Befangenheit (Mitwirkungsverbot)

Befangenheit – auch Mitwirkungsverbot genannt – bedeutet, dass ein Mitglied der Vertretung nicht an einer Entscheidung mitwirken darf, wenn es persönlich betroffen ist. Maßgeblich ist die Möglichkeit eines persönlichen Vor- oder Nachteils. Eine bloße politische Meinung begründet dagegen noch keine Befangenheit.

Öffentlichkeitsprinzip

Das *Öffentlichkeitsprinzip* besagt, dass Sitzungen der kommunalen Vertretung grundsätzlich öffentlich stattfinden. Die Öffentlichkeit ermöglicht Transparenz und demokratische Kontrolle kommunaler Entscheidungen. Nichtöffentliche Beratungen sind daher nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.

Kommunalaufsicht

Die *Kommunalaufsicht* bezeichnet die staatliche Kontrolle über die Gemeinden. Sie beschränkt sich grundsätzlich auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit kommunaler Entscheidungen. Die Kommunalaufsicht soll also Rechtsverstöße korrigieren, aber nicht die politische Entscheidung der Gemeinde ersetzen.



Wenn Sie diese zehn Begriffe sicher einordnen können, haben Sie bereits ein tragfähiges Gerüst für die meisten kommunalrechtlichen Prüfungen. Alles Weitere ist – bei aller Detailtiefe – Ausbau auf diesem Fundament.